



Liberaler Politik im → *bürgerlich und liberal*
Rhein-Pfalz-Kreis

Bericht der FDP-Fraktion zum Haushalt 2011 des Rhein-Pfalz-Kreises

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Frau Kreisbeigeordnete Patzelt, sehr geehrte Herren Kreisbeigeordnete
Elster und Reichert,
werte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

dem Kreistag obliegt es, den Haushalt 2011 des Rhein-Pfalz-Kreises zu verabschieden und damit gleichzeitig die Weichen für die weitere Entwicklung zu stellen. Es verbleiben auch in diesem Jahr nur wenige Spielräume. Die eingegangenen Verpflichtungen beim Ausbau- und der Sanierung der Kreishallenbäder schlagen hier ebenso zu Buche, wie die Übernahme und Sanierung der weiterführenden Schulen und der Ausbau des G 8 – Gymnasiums in Maxdorf. Die finanzielle Entwicklung im Sozial- und Jugendbereich ist besorgniserregend, wobei die gesetzlichen Vorgaben des Landes, insbesondere im Kindertagesstättenbereich, zu erheblichen Kostensteigerungen führen.

Im Haushaltsjahr 2011 schließt der Ergebnishaushalt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 7.883.551 € ab (eine Verschlechterung gegenüber 2010 um 2.926.905 €). Dies resultiert insbesondere aus der Übernahme der Realschulen und dem weiteren Kostenanstieg im Sozial- und Jugendbereich sowie durch Mehraufwendungen bei den Sachkosten. Trotz der Mehrerträge aus der Kreisumlage und den Schlüsselzuweisungen kann dieser Jahresfehlbetrag nicht verhindert werden.

Im Jahr 2009 nahmen die rheinland-pfälzischen Jugendämter 67,4 % mehr in Obhut als 2005 und die Interventionen der Jugendämter aus Anlass der Vernachlässigung von Kindern und Jugendlichen nahm im gleichen Zeitraum um 40 % zu. Die verstärkten Anstrengungen der Kreisverwaltung im Kreisjugend- und Sozialamt dieser Ausgabenentwicklung durch gezielte Massnahmen entgegen zu wirken sind erfreulich. Um die Handlungsfähigkeit der Kommunen und Landkreise einigermaßen gewährleisten zu können, bedarf es allerdings dringend einer Entlastung durch Bund und Land. Die Kreisumlage in Höhe von 47.597.104 € wird durch die Verpflichtungen aus dem Sozial- und Jugendbereich in Höhe von 44.420.800 € fast vollständig aufgebraucht.

Der Bereich Kultur, Kreisvolkshochschule und Kreismusikschule, sind ein wichtiger Standortfaktor für den Rhein-Pfalz-Kreis. Das hohe Niveau wird durch die vielen Erfolge immer wieder bestätigt und zeigt, dass der Kreis gut aufgestellt ist. Der Zuschussbedarf in Höhe von 431.235 € für die Kreisvolkshochschule und in Höhe von 770.183 € für die Kreismusikschule hat sich zwar leicht erhöht, beträgt allerdings lediglich 1 % bzw. 1,7 %. Beides sind wichtige Imagefaktoren und tragen zu einer zeitgemäßen Infrastruktur bei.

Dies wird auch an der geplanten Bewerbung der Stadt Mannheim als Europäische Kulturhauptstadt, unter Einbeziehung der Metropolregion, deutlich. Die FDP erachtet es daher auch weiterhin für wichtig, ein eigenständiges Kulturreferat und einen Kulturentwicklungsplan einzurichten bzw. zu erstellen. Dies muss nicht unbedingt mit mehr Kosten verbunden sein.

Die äußerst angespannte Haushaltslage lässt derzeit kaum Spielraum für Einsparungen im Ergebnishaushalt. Es ist daher nach Auffassung der FDP dringend geboten, die Verwaltungsgliederung zu überprüfen und die Möglichkeiten von eGovernment und Energieeffizienz zu nutzen.

Die Kreisumlage ist vom Jahr 2001 von 32.737.674 € (33,0 %) inzwischen auf insgesamt 47.597.104 € (42,0 % gestiegen). Eine Steigerung von 45,3 %. Dies belastet in erheblichem Maße die Haushalte der Gemeinden, über die Progression insbesondere Gemeinden mit solidem Haushalt und sparsamer Wirtschaftsführung. Als Gegenleistung steht natürlich eine ausgezeichnete Infrastruktur, wie Hallenbäder, Schulen, Radwege und Straßenbau. Dies wurde auch von der FDP mitgetragen. Die Übernahme von vier Schulträgerschaften der Realschule plus erfordert nicht nur weitere 1,43 Mio. € im Finanzhaushalt sondern ebenfalls 1,645 Mio. € an dauerhaften Mehraufwendungen. Die bisher restriktive Haltung der ADD bzw. des Landes lässt keinen Zweifel aufkommen, dass der Haushalt 2011 ohne eine Anpassung der Kreisumlage auf Landesdurchschnitt nicht genehmigt werden wird. Die FDP trägt daher der Erhöhung der Kreisumlage um 1,25 % zu. Es dabei zu berücksichtigen, dass auch die Gemeinde von der Infrastruktur des RheinPfalz-Kreises und der Beteiligung des Kreises an den Sozialleistungen profitiert.

Der Kreisverwaltung ist es bisher leider noch nicht gelungen, die Schulinfrastruktur in der Verbandsgemeinde Dannstadt-Schauernheim zu lösen. Im Gegenteil, es muss befürchtet werden, dass die zweitgrößte Kommune im Landkreis ohne weiterführende Schule bleibt. Dies ist aus Sicht der FDP nicht zu verantworten. Wir wissen allerdings, dass es bereits eine Prüfung für einen dislozierten Standort für eine Realschule plus gibt. Diese Prüfung sollte um einen dislozierten Standort für eine IGS erweitert werden. Wir erwarten dabei, dass sich die ADD bzw. das Land dabei kooperativ zeigt. Es muss jedoch allen Kreistagsmitgliedern klar sein, dass die Realisierung mit erheblichen Investitionskosten, in Millionenhöhe, verbunden sein werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Verbindlichkeiten werden im Jahr 2011 von 69.599.432 € auf 87.337.664 € steigen (25,4 %) und so den Handlungsspielraum des Kreises weiter einschränken. Es gilt daher zu prüfen, inwieweit die noch zu genehmigenden Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2012 bis 2014, insbesondere in Zusammenhang mit den vorgesehenen Kreditaufnahmen, umgesetzt werden können.

Obwohl die Abschreibungen (erstmalig ab 01.01.2009 in der Eröffnungsbilanz bewertet), nicht zahlungswirksam sind, stehen den geplanten Abschreibungen von 5.828.307 € nur Erträge aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von 2.663.838 € gegenüber und belasten somit den Haushalt.

Es ist ebenso zu berücksichtigen, dass im Jahr 2012 voraussichtlich neue Investitionen, wie z. B. eine neue Rettungswache in Mutterstadt, auf den Kreis zukommen werden. Auch die Naherholung wird nicht zum Nulltarif zu haben sein und hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Sehr geehrte Damen und Herren,

erlauben Sie mir noch einen Hinweis auf die Diskussion zur Kommunal- und Gebietsreform. Es ist schon erstaunlich, wenn die Oberbürgermeister von Speyer und Frankenthal der Eingliederung von Kreisgemeinden das Wort reden und gerne Leistungen für den Rhein-Pfalz-Kreis erbringen möchten. Dabei stellt sich jedoch die Frage, weshalb nun die Lebensmittelkontrolle für die beiden Städte dem Landkreis übertragen wurde. Es erscheint daher eher überlegenswert, zu prüfen, ob die Städte Speyer und Frankenthal nicht „eingekreist“ werden sollten.

Meine Damen und Herren,

der Kreisverwaltung, Landrat Clemens Körner, der Kreisbeigeordneten und den Kreisbeigeordneten sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern darf ich im Namen der FDP-Fraktion für die geleistete und konstruktive Arbeit meinen Dank aussprechen. Dies gilt ebenso für die gute Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen des Kreistags und in den Ausschüssen.

Die FDP wird dem vorgelegten Haushalt 2011, einschließlich Stellenplan, zustimmen.